

Terkessidis | Nach der Flucht

[Was bedeutet das alles?]

Mark Terkessidis

Nach der Flucht

Neue Ideen für die
Einwanderungsgesellschaft

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 19449
2017 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman
Druck und Bindung: Canon Deutschland Business Services GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Printed in Germany 2017
RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und
RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-019449-2

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

Schlechte Laune	7
I. Postmigrantische Bedingungen	10
Ausnahmezustand?	10
Das jugendliche Einwanderungsland	12
Urbane Komplexität	15
Was heißt »postmigrantisch«?	18
Die Parapolis und der kosmopolitane Baldachin	20
II. Nach der Integration	24
Heterogenität gleich Niedergang?	24
Der normative Kern der Integration	27
Kompensieren und Korrigieren	30
Die Perspektive wechseln	34
III. Der Vielheitsplan	38
Der Begriff »Interkultur«	38
Von Interkultur zum Vielheitsplan	42
Migrationshintergrund und Problemdefinition	45
Die Zusammensetzung des Personals	48
Organisationsentwicklung	51
Diskriminierendes Wissen	54
Ver-Lernen und Kennen-Lernen	58
Schulung versus Training-on-the-Job	60
Arbeitsabläufe überdenken	62
Bestandsaufnahmen	64
Kollaboration	66
Führung, Ressourcen, Prozess	68
IV. Optimismus	72
Anmerkungen	75
Zum Autor	78

Schlechte Laune

Es herrschte nahezu Weltuntergangsstimmung, als neulich im Wartezimmer meiner Ärztin drei etwas betagtere Frauen sich über die Veränderungen auf der Straße unterhielten: Da »draußen« im Straßenverkehr, da gehe es ja so aggressiv zu, man könne ja kaum noch auf die Straße gehen, früher habe es das alles nicht gegeben. Nun liegt die Praxis in einem Viertel, das gemeinhin als bürgerlich bezeichnet wird – von einem Sicherheitsproblem kann keine Rede sein. Woher also kommt der Eindruck der Gefahr? Es kann kein Zweifel bestehen, dass sich auch die bürgerlichen Viertel in den letzten Jahren verändert haben. Junge Familien sind zugezogen, Familien mit Migrationshintergrund, auch viele »Expatriates«. Diese Personen leben oft weniger in geographischen Nachbarschaften als vielmehr in Netzwerken: Sie kennen oft die Leute nicht, die unmittelbar unter ihnen wohnen, haben aber Bekannte überall in Deutschland und manchmal auch rund um den Globus. Haben sie Migrationshintergrund, besitzen sie häufiger Wohneigentum im Herkunftsland oder pflegen zumindest andauernde transnationale Familienbindungen.

Diese Welt der Netzwerke bildet sich in den Vierteln oft nicht mehr physisch ab. Die traditionelle Bewohnerschaft trifft in den Bäckereien keine Bekannten zum Plausch mehr, der Einzelhandel ist in Händen von Geschäftsleuten türkischer oder afghanischer Herkunft, und in den Kneipen, in denen früher Mundart gesprochen wurde, hört man heute oft Englisch. Gefährlicher ist es durch diese Veränderungen keineswegs geworden, aber die Welt erscheint

den angestammten Bewohnern nicht mehr vertraut. Selbst wenn sich gar nichts verändert hat, kursieren in den Medien all die Geschichten über das, was in Paris passiert ist oder in Köln oder in all den anderen Großstädten im »Multikultiwahn«. Das möchte man »bei sich« nicht haben – oft genug sind die Vorbehalte gegen die Einwanderungsgesellschaft dort am größten, wo kaum oder keine Personen Migrationshintergrund leben.

Seit der Flucht von etwa 900 000 Menschen nach Deutschland im Jahr 2015 sind die Auseinandersetzungen um das Thema »Migration« heftiger geworden. Tatsächlich hat dieses Ereignis auch den Letzten klargemacht, dass Einwanderung kein Randthema mehr ist, sondern zentrale Bedeutung auch und vor allem für unsere Zukunft hat. Doch mit der Normalität von Migration tut sich die Republik weiter schwer: Die oft blauäugig begeisterte »Willkommenskultur« schlug schnell um in einen ebenso unangemessenen Pessimismus. Die wohlwollenden Befürworter der Einwanderungsgesellschaft betonen oft, die Vielfalt an sich sei eine großartige Sache – »Vielfalt, das Beste gegen Eintadt«, hieß etwa zwei Jahre hintereinander das Motto der »interkulturellen Wochen«.

Doch ist Vielfalt tatsächlich immer gut? Kann Vielfalt nicht auch Vertrauen zerstören, allen Beteiligten auf die Nerven gehen, Ärger machen? Diversität hat immer dann positive Effekte, wenn sie auch bewusst gestaltet wird. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die üblichen Sondermaßnahmen und Reparaturarbeiten nicht ausreichen, sondern die Institutionen, Organisationen und Einrichtungen der Gesellschaft sich auf eine neue Weise an der unhintergehbaren Vielheit der Bevölkerung ausrichten müssen.

Diese Vielheit – (der stärkere Begriff ist hier bewusst gewählt) – hat keineswegs nur mit Migration zu tun. Es geht eben nicht um Sonderleistungen für die »Hinzugekommenen«. Die Gesellschaft benötigt »Vielheitspläne«, die sich an den unterschiedlichen Voraussetzungen, Hintergründen und Referenzrahmen aller Individuen orientieren. Reformen sind notwendig – und Einwanderung dient beständig als eine Art Passepartout, um viele grundsätzliche Probleme des Wandels zu erörtern. Damit wäre Migration aber auch ein Anlass, um zu lernen. Das wiederum wäre mit dem Eingeständnis verbunden, nicht immer alles zu wissen, sondern sich in einem Prozess der Veränderung zu befinden. Dieser Prozess mag Experimente erfordern, holperig sein und er mag auch mehr als ein paar Jahre dauern. Vielleicht erfolgt aber im Moment ein neues »Kennen-Lernen« der eigenen Gesellschaft, in dem das Vertrauen sich neu bildet.

I. Postmigrantische Bedingungen

Ausnahmezustand?

Wenn über die hohen Einwanderungszahlen des Jahres 2015 gesprochen wird, über die »Million«, die Deutschland aufgenommen hat, tauchte im Hintergrund sofort die Vorstellung eines Ausnahmezustandes auf. Eine so hohe Zahl von Einwanderern konnte ja nicht »normal« sein, wobei Normalität in der Bundesrepublik ganz selbstverständlich mit Sesshaftigkeit in Verbindung gebracht wird. Doch schaut man sich die Zahlen in puncto Einwanderung noch einmal genau an, die das statistische Bundesamt peinlich genau zusammenstellt, dann wirkt diese Zahl gar nicht so imposant. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland das europäische Land mit den größten Bevölkerungsverschiebungen. 1944 hielten sich acht Millionen »Ausländer« im Reich auf, Zwangsarbeiter die meisten, die dann als »Displaced Persons« in ihre Heimatländer zurückkehrten. Zwölf Millionen Ostflüchtlinge kamen ins Land, bis der Zuzug nach dem Bau der Berliner Mauer versiegte. Gleich danach begann die Masseneinwanderung aus jenen Staaten, mit denen die Bundesrepublik ab 1955 sogenannte Anwerbeabkommen geschlossen hatte. Schaut man sich die Statistik nach 1965 für die alte Bundesrepublik an, gab es bis 1990 etwa 18 Millionen Zuzüge und 13 Millionen Fortzüge über die Landesgrenze hinaus. Für das vereinte Deutschland von 1990 bis 2014 sehen die Zahlen so aus: 23 Millionen kamen und 17 Millionen gingen. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 71 Millionen Menschen, die zwischen 1965 und 2014 ihren Wohnsitz wahlweise nach

Deutschland oder ins Ausland verlegten, das sind ungefähr eineinhalb Millionen pro Jahr.¹

Angesichts dieser Zahlen wirkt die große »Welle« des Jahres 2015 deutlich weniger imposant als angenommen. Geht man zudem davon aus, dass das Land Einwanderung braucht und auch will, so könnte der »Saldo« der letzten zwei Jahre vielleicht erstmals ordentlich ausfallen. In den letzten 15 Jahren zuvor jedenfalls hat die Bevölkerung durch Migration gerade mal um sechs Millionen Menschen zugenommen, also 250 000 im Jahr, was wiederum einem bescheidenen jährlichen Wachstum von 0,3 Prozent entspricht.

Mit Blick auf diese Statistik wäre es angebracht, die Perspektive auf Migration generell zu ändern. In Deutschland wird jede neue »Welle« der Einwanderung im Grunde als eine Art Epiphanie betrachtet: Immer müssen neue Personen »aufgenommen« werden, immer hat man Angst, immer muss man sich an das »Fremde« gewöhnen. Gleichzeitig scheint das einheimische »Wir« trotz etwa der Mobilität immer gleichzubleiben. Die Positionierung des Wandergeschehens außerhalb der Normalität provoziert anscheinend auch die immergleichen Reaktionen und Diskussionen. Die einen bestehen auf der »Gastfreundschaft« oder organisieren »Willkommenskultur«. Das »Helfen« geht dabei oft mit ziemlich vagen Vorstellungen vom Gegenstand der Hilfe einher: Wer Geflüchteten unter die Arme greift, findet es bald frustrierend, wenn diese Geflüchteten keine moralisch unambivalenten Opfer sind, sondern menschlich allzu menschliche Wesen, eben manchmal auch Leute, die falsche Geschichten erzählen, sich undankbar zeigen, unverschämte Ansprüche stellen oder gewalttätig

oder kriminell werden. Die anderen wiederum sehen die Einwanderer stets als Bedrohung: Sie sehen kaum einmal Individuen, sie argumentieren mit hohen Zahlen und noch höheren Dunkelziffern und sprechen von den Grenzen der Belastung und der »Integrationsfähigkeit« der einheimischen Bevölkerung. An der Tatsache, dass Migration seit Jahrzehnten massenhaft geschieht und schlicht eine Realität darstellt, hat die Bundesrepublik offenbar weiter schwer zu schlucken.

Das jugendliche Einwanderungsland

Nun ist Deutschland rechtlich gesehen ja noch ein sehr junges Einwanderungsland. Erst vor knapp 20 Jahren, nämlich 1998, wurden die Weichen in Richtung Realität gestellt. Die rotgrüne Regierung verkündete, es habe einen unumkehrbaren Prozess der Zuwanderung gegeben. Für Leute, die sich als Aktivisten oder als Wissenschaftler schon länger mit dem Thema befasst hatten, klang diese Feststellung nahezu lachhaft – das alles war doch seit zwei Jahrzehnten offensichtlich.

Doch zuvor hatte es eine aktive Weigerung gegeben, die Bundesrepublik als Einwanderungsland zu bezeichnen. So existierte die Vorstellung, die »Ausländer« würden irgendwann in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die Regierung hatte sich bequem im Provisorium eingerichtet, kein einziges Problem musste wirklich gelöst werden. Integrationspolitik bedeutete, im Namen des »sozialen Friedens« zu viel Marginalisierung zu verhindern. Die Wende von 1998 dagegen ließ eine neue Bevölkerung entstehen: Zu-

vor gab es ethnisch Deutsche und »Ausländer«, nun gab es eine inhomogene, vielheitliche Gesamtbevölkerung. Ergänzt wurde diese Neuausrichtung durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – weg vom »ius sanguinis« (»Recht des Blutes«), welches die Mitgliedschaft in der Republik an eine deutsche Abstammung koppelte. Durch das neue Gesetz wurde die Staatsangehörigkeit bei Geburt zugeschrieben und damit stärker auf den Wohnort bezogen. Die Neufassung wies einige Schwächen auf, etwa die sogenannte Optionsregel, die in Deutschland geborene ausländische Staatsangehörige zwang, sich spätestens mit 23 Jahren für den Pass eines der beiden Länder zu entscheiden. Doch das Optionsmodell wurde jüngst abgeschafft: Deutsche Staatsbürger können heutzutage ethnisch unterschiedliche Hintergründe haben, gar Dokumente verschiedener Staaten, sie müssen nicht mehr »rein«, nicht mehr eindeutig sein. Auch wenn es zuletzt populistische Angriffe gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gab, ist dieser fundamentale Wandel nicht mehr rückgängig zu machen.

Im Zusammenhang mit der Anerkennung dieser uneinheitlichen Bevölkerung wird gerne von »Vielfalt« gesprochen. Doch die Pluralisierung der Lebenswelten ist nicht allein ein Resultat der Migration – auch die sogenannte einheimische Bevölkerung hat sich im Gefolge der kulturellen Verschiebungen in den 1960er Jahren stark verändert. Die Bezeichnung »Vielfalt« hat dabei einen positiven Unterton: »Vielfalt, das Beste gegen Einfalt« hieß etwa wie gesagt das Motto der »interkulturellen Wochen« im Jahre 2016.

Allerdings erscheint das wie eine Verniedlichung der Umstände. Die Protagonisten der Debatte um »Multikul-

turalismus« in den 1990er Jahren wie Claus Leggewie oder Daniel Cohn-Bendit haben stets darauf hingewiesen, dass die Einwanderungsgesellschaft auch neue Konflikte mit sich bringt: Konflikte um Diskriminierung, um die Behandlung von Religion, um die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Oftmals werden auch Konflikte der Herkunftsländer der Einwanderer zu Konflikten des Einwanderungslandes. Zumal bei den Personen türkischer Herkunft spiegelt sich das gesamte politische Spektrum der Türkei in hiesigen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auseinandersetzungen dort werden auch auf dem Boden der Bundesrepublik ausgetragen: über die Rolle des Islam, die Behandlung der kurdischen Minderheit, die Einschränkung von Freiheiten (»Gezi-Park«), das Verständnis des Völkermordes an den Armeniern oder auch schlicht über die politische Reizfigur Recep Tayyip Erdogan. Die Anwesenheit dieser »türkischen« Konflikte ist auch ein Resultat der jahrzehntelangen Verweigerungshaltung der Bundesrepublik gegenüber der Tatsache der Einwanderung selbst. Denn wer gar nicht dazugehört, nimmt am politischen Leben auch nicht teil: Personen engagieren sich – auch emotional – dort, wo sie politische Subjekte sind.

Allerdings wäre es auch naiv zu glauben, mit zunehmender »Integration« würde sich der Bezug auf das Herkunftsland einfach von selbst erledigen. Deutschstämmige Ausiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sind zwar sehr schnell in den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit gekommen, wurden aber zugleich häufig nicht als Deutsche betrachtet. Ein Teil der »Russlanddeutschen« hat eine starke Bindung an Russland aufrechterhalten oder auch neu geknüpft. Gleichzeitig sind in diesem Umfeld

auch konservative und antimuslimische Haltungen verbreitet; die »Alternative für Deutschland« stößt bei »Russlanddeutschen« auf größeren Widerhall als in der Gesamtbevölkerung. 2016 gab es Gerüchte um die Vergewaltigung eines Mädchens mit russlanddeutschem Hintergrund durch Geflüchtete aus dem arabischen Raum, die sich als komplett haltlos erwiesen. Es kam zu Protesten von Aussiedler-Gruppen, in denen sich rassistische Ressentiments und die Berichterstattung der russischen Medien gegenseitig verstärkten.

Urbane Komplexität

Im städtischen Raum ist die Situation noch komplizierter. Dort lebt eine zunehmende Anzahl von Personen, deren Status aus unterschiedlichen politisch-ökonomischen Gründen nicht eindeutig festzulegen ist. Heute leben in den Städten »Ausländer« mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von über 20 Jahren, »Pendler«, die im Durchschnitt für ein halbes Jahr bleiben, »Geduldete«, deren Aufenthaltsperspektive nach einem Jahrzehnt immer noch bei einem halben Jahr liegt oder »Papierlose«, die als Touristen eingereist sind und deren Existenz von der offiziellen Statistik geleugnet wird. Man findet zahlreiche Studenten aus anderen Ländern, die eine bestimmte Zeit in der Stadt bleiben, Expatriates jeglicher Couleur, die wegen Arbeit, Liebe oder einer neuen Lebensperspektive in die betreffende Stadt gezogen sind, Zweitwohnungsbesitzer, deren Familien in einer anderen Stadt leben, oder auch Touristen, die mit ihren wiederholten Wochenendtrips und ihrem Sze-

newissen auf eine so noch nie dagewesene Weise ins Gewebe der Stadt eindringen.

Diese Personengruppen stellen eine Art anwesende Abwesenheit dar – sie sind da, aber gleichzeitig auch noch an einem anderen Ort. Diese neue Uneindeutigkeit hat die geographischen Verhältnisse von Nähe und Ferne, aber auch von Nachbarschaft völlig verändert. So existieren in der Stadt Räume, die bei ihrer Aktivität nur noch lose mit ihrer direkten Umgebung korrespondieren. In den Niederlassungen transnationaler Unternehmen ist die Umgangssprache Englisch, der Kommunikationsraum global, und die Mitarbeiter stammen aus vielen verschiedenen Ländern und werden vielleicht schon bald an einen anderen Ort versetzt. Diesen Räumen innerhalb der Stadt entsprechen solche außerhalb, die geographisch weit entfernt liegen und dennoch eher wie nahe Räume in einer Nachbarschaft funktionieren. Viele Arbeitsmigranten, die ursprünglich nur für ein, zwei Jahre ins Ausland gehen wollten und sich schließlich doch ansiedelten, haben gleichzeitig in ihrem Herkunftsland Häuser gebaut oder Wohneigentum erworben – ohne zurückzukehren. Sie bewohnen einen familiären Raum, der Netzwerke über die nationalen Grenzen hinweg spannt. In ähnlicher, aber zugleich ganz anderer Weise haben Touristen und Rentenauswanderer in großer Zahl an der europäischen Sonnenperipherie, etwa in Spanien, Häuser oder Wohnungen erworben. Sie bewohnen dort Siedlungen, die veritable Parallelgesellschaften darstellen und die mit ihrer physischen Nachbarschaft wiederum nur sehr lose Verbindungen aufweisen. Bei diesen Siedlungen handelt sich eher um unsichtbare Vororte westeuropäischer Städte.

Die Beschleunigung der Reisewege und des Informationsflusses nicht zuletzt im Rahmen der Globalisierung sorgt dafür, dass Personen mit Migrationshintergrund (und nicht nur diese) an mehreren Kontexten gleichzeitig teilhaben können, d. h. – ihre Welt ist heute unhintergebar transnational. Das hat durchaus positive Seiten etwa in Bezug auf die Mehrsprachigkeit oder die Flexibilität sehr vieler Personen. Zugleich gibt es jedoch, wie oben beschrieben, unschöne Effekte. Heterogenität führt zu einem Mangel an Vertrauen: Obwohl es oft genug unsinnig ist, führen sich viele Menschen sicherer bei Personen, die auch ihre Sprache sprechen und die sie als Mitglieder der eigenen ethnischen Gruppe wahrnehmen.

Letztlich erweisen sich aber weder Beschönigungen noch Schwarzmalerei als angemessen: Die Vielheit und Transnationalität der Bevölkerung sind einfach Tatsachen. Ich verwende den Begriff »Vielheit« also ganz bewusst, um zu unterstreichen, dass es keine Einheit mehr geben wird, nicht mehr geben kann. Zuletzt hat sich öfter eine Sehnsucht nach einem Früher artikuliert, in dem »wir« noch eine große monoethnische Familie waren. Doch zum einen war die Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt so, zum anderen werden die Unterschiede in den Lebensentwürfen nicht per Dekret verschwinden. Die Vorstellung von einer Einheit hat in einem Nationalstaat, die sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus vielen kleinen Fürstentümern gründete und zudem einen großen Teil des 20. Jahrhunderts aus zwei Teilen bestand, stets eine große Bedeutung gehabt. In der Nationalhymne allerdings ist von »Einigkeit und Recht und Freiheit« die Rede. Eine gewisse Basis von »Einigkeit« muss in einer Gesellschaft vorhanden

sein, etwa als Zustimmung zum Grundgesetz und einem Gefühl der Zugehörigkeit, ansonsten wäre kein Zusammenleben möglich. Doch die Voraussetzung für eine Schaffung von »Einigkeit« ist die realistische Akzeptanz der Vielheit – Vielheit ist die Grundlage, auf der »Einigkeit« gestaltet werden kann.

Was heißt »postmigrantisch«?

In verschiedenen Zusammenhängen hat sich in den letzten Jahren der Begriff »postmigrantisch« als Beschreibung für den Zustand einer Gesellschaft eingebürgert, die maßgeblich durch Einwanderung geprägt ist. Man mag von den zahlreichen Begriffen, die »post-« als Präfix tragen, unterschieden genug haben, doch die Komplexität der Situation macht eine eindeutige Beschreibung schwer.

Der Begriff »postmigrantisch« wurde seit Ende der 2000er Jahre im Berliner Theater »Ballhaus Naunynstrasse« verwendet: Die Leiterin Shermin Langhoff und ihr Team wollten damit hervorheben, dass ein zeitgenössisches Theater selbstverständlich unterschiedliche Perspektiven einnehmen muss.

In der Forschung nutzen Soziologen wie Erol Yildiz, Kijan Espahangizi, Fatima El-Tayeb, Naika Foroutan und auch ich selbst diese Bezeichnung in zwei Stoßrichtungen: Zum einen gibt es in allen europäischen Einwanderungsländern, wie auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz einen dramatischen demographischen Wandel. In Städten wie Frankfurt am Main oder Stuttgart, aber auch Heilbronn oder Pforzheim wird demnächst eine Mehrheit der Ein-

wohner einen sogenannten Migrationshintergrund aufweisen, also mindestens ein Elternteil besitzen, das selbst noch in die Bundesrepublik eingewandert ist. Bei den Kindern unter sechs Jahren ist es in allen Städten der alten Bundesrepublik längst so weit – in den Ballungsgebieten sprechen wir von etwa zwei Dritteln.

Anders erscheint die Lage in manchen ländlichen Gebieten, und das gilt auch für die neuen Bundesländer, in denen es aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage nach der Wende vor allem eine Binnenwanderung gen Westen gab. Hier ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund weiterhin sehr niedrig. Mittlerweile aber werben erfolgreiche Länder wie Thüringen bewusst um Arbeitskräfte, und auch in strukturschwachen Gebieten setzt sich teilweise die Erkenntnis durch, dass trotz der ökonomischen Probleme in vielen Sektoren Personal fehlt, so etwa im Gesundheitsbereich. Die lautstarke Ablehnung des »Multi-kulti-Wahns« und die damit einhergehenden hohen Prozentzahlen für die »Alternative für Deutschland« bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und (Ost-)Berlin lassen sich ebenfalls als Anzeichen interpretieren, dass diese Teile der Republik im »postmigrantischen« Deutschland angekommen sind. Gerade am Widerstand gegen die Entwicklung im »Westen« zeigt sich, wie wichtig das Thema Einwanderung geworden ist.

Im Hinblick auf die demographische Vielheit meint »postmigrantisch« schlicht »nach der Migration«, denn – die Migration hat längst stattgefunden, und die Fluchtbewegungen von 2015 und 2016 sind Teil einer Normalität. Die andere Verständnisweise des Begriffs »postmigrantisch« sieht das »post-« in Bezug auf die Migration ähnlich

wie das »post-« in »postmodern«: Die Moderne ist nicht zu Ende, betonten die Vertreter der »Postmoderne«, sie hat vielmehr alle Lebensbereiche ergriffen, und nun leben wir mit ihren Konsequenzen. In diesem Sinne gibt es heute keinen Bereich oder Prozess in der Gesellschaft mehr, der nicht von Migration auf die eine oder andere Weise beeinflusst worden ist. Im Alltagsleben, den Einkaufsmöglichkeiten, den Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, im Vorgehen im Sozial- oder Gesundheitswesen, auf der politischen Agenda oder in den anhaltenden Debatten über Bildung – überall finden sich die Spuren der Migration. Bei Migration handelt es sich also nicht um ein Randthema, wie viele Bürger und Politiker immer noch glauben, sondern um ein zentrales Moment für die Gestaltung der Gesellschaft.

Die Parapolis und der kosmopolitane Baldachin

Viele Stadtforscher sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, die Idee der Stadt als eines begrenzbaren und beschreibbaren Containers aufzugeben – stattdessen wird schlicht vom »Urbanen« (Christopher Dell) gesprochen.² Letztlich waren die Grenzen der Stadt nie eindeutig: Die Stadt selbst ist Migration, hat Erol Yildiz in diesem Sinne einmal festgestellt.³ In der klassischen Idee der Polis, des Gemeinwesens im antiken Griechenland, galt die Sesshaftigkeit der Bewohner als Voraussetzung für die Definition des politischen Gemeinwesens. Doch heute sind die geographischen und kulturellen Positionen der urbanen Subjekte flüchtig; niemand scheint sich mehr auf seinem ange-

stammten Platz zu befinden. Die Zugehörigkeit zu Klassen, Nationen, Milieus, Ethnizitäten oder Subkulturen ist nicht verschwunden, aber weitaus komplizierter geworden.

Das Urbane erweist sich als ein Gebilde, das Tom Holert und ich als »Parapolis« bezeichnet haben.⁴ Das Wort bezeichnet die uneindeutige, quasi illegitime »para«-Version der Polis. Das Urbane weist weiterhin Eigenschaften der Polis auf, doch die Fliehkräfte lassen ein vages Gebilde zurück, in dem die geographischen Kategorien von Nähe und Ferne unscharf werden. In der Bezeichnung »Parapolis« verbirgt sich das neugriechische Adjektiv »para poli«, das »sehr viel«, durchaus aber auch »zu viel« bedeutet: Man könnte also von einem Ort des »sehr viel«, der (Über-)Fülle sprechen. Diese Parapolis wird häufig entweder als alternativlos oder auf abwertende Weise dargestellt. Die Verteidiger des kapitalistischen Status quo halten die Formlosigkeit der Parapolis für unausweichlich, denn nur die Durchlässigkeit der Grenzen garantiert den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen. Die aufstrebenden populistischen Bewegungen wiederum, die im Übrigen den Status quo gar nicht infrage stellen, wollen eine Ordnung der Homogenität zurückhaben, die es allerdings so nie gegeben hat, und sie beanspruchen für die »Einheimischen« exklusive Rechte und besonderen Schutz. Eine realistischere Einschätzung der Probleme und Chancen ist leider selten.

Tatsächlich sieht sich der Raum der Parapolis durch seine vielen Brüche durchaus der Gefahr einer Spaltung ausgesetzt. Die Terroranschläge von Paris im Herbst 2015 oder die Ereignisse der Silvesternacht 2015/2016 in Köln haben sofort eingeübte Schemata einrasten lassen: Es war ein Angriff von »ihnen« auf »uns«, von »arabischen Männern« auf

die Lebensweise der westlichen Gesellschaft. Wirft man aber einen Blick auf jene, die bei den Anschlägen von Paris ihr Leben lassen mussten, entdeckt man sehr viele arabische Namen. Es wäre auch ein Wunder gewesen, wenn an jenem Abend in den Restaurants, Kneipen und Clubs einer Stadt wie Paris keine Personen arabischer Herkunft unterwegs gewesen wären. Die Täter haben also ganz bewusst die Vielheit der französischen Gesellschaft attackiert, und vermutlich haben sich die Franzosen arabischer Herkunft selten mehr der Gesellschaft zugehörig gefühlt als nach jener Mordnacht. Ähnliches gilt für den verheerenden Anschlag auf der Promenade von Nizza im Sommer 2016. Doch viele Reaktionen der Behörden tragen dieser Tatsache kaum Rechnung: Vom Entzug der Staatsangehörigkeit für Terrorverdächtige bis zu den kurzfristig geltenden Bedeckungsverboten an französischen Stränden wird suggeriert, die Gefahr gehe von allen Personen arabischer Herkunft und deren Religion aus.

Gegen diese Spaltungsroutine lässt sich der gelebte Zusammenhalt der Gesellschaft anführen, der sich in vielen alltäglichen Situationen widerspiegelt. Elijah Anderson, Professor für Soziologie in Yale, hat ein Buch geschrieben über etwas, das er als »cosmopolitan canopy« bezeichnet, als »kosmopolitanen Baldachin der Städte«.⁵ Anderson hat in seiner Heimatstadt Philadelphia ein Netz pluralistischer Treffpunkte identifiziert – öffentliche Plätze, Parks, Malls, Märkte, städtische Einrichtungen aller Art –, an denen sich die unterschiedlichsten Personen in einem Geist der Zivilität, wenn nicht gar mit Höflichkeit und Wohlwollen begegnen. Dort wo Arbeiter, Beamte, Studenten, Touristen, Pendler, Konsumenten und Hedonisten, also alle Arten von

»Fremden«, zusammenkommen, existiert ein Ethos des »getting along«, des Miteinanderauskommens. Obwohl wir vor allem durch die mediale Berichterstattung oft den Eindruck bekommen, unsere Gesellschaft sei von dramatischen Spaltungen durchzogen und stehe auf angsteinflößende Weise kurz vor dem Zerfall, webt der überwiegende Teil zumal der Stadtbewohner unentwegt an solch einem kosmopolitanen Baldachin, am angenehmen, kommoden Miteinanderauskommen.

II. Nach der Integration

Heterogenität gleich Niedergang?

Die Konzentration auf die Spaltungstendenzen und die negativen Effekte der Einwanderungsgesellschaft rührt im deutschsprachigen Europa auch von der Vorstellung her, Heterogenität sei von vornherein etwas Negatives. Ebenso wie die Stadt erscheint die Gesellschaft insgesamt als eine Art Container, ein geschlossenes Gebilde, das in seinem Innern wohlgeordnet und kontrollierbar ist, gerade deshalb, weil die Bewohner dieses Containers sich ähnlich, mehr noch: durch Familienbände miteinander verbunden sind. Nichts anderes hat das »ius sanguinis« über die Mitgliedschaft in der Bundesrepublik ausgesagt: Wir sind alle miteinander blutsverwandt. Obwohl zumal im urbanen Raum die Vielheit die Lebenswirklichkeit prägt, erscheint das Ideal von Ordnung durch Verwandtschaft weiter als eine Art »nostalgische Utopie«, als ein Zustand, nach dem man sich zurücksehnen kann, obwohl er eigentlich niemals existiert hat. Denn die oben erwähnten Zahlen zeigen, dass Deutschland immer von Mobilität geprägt war. Tatsächlich werden generelle Unsicherheitsgefühle auf die Einwanderung übertragen – ich werde darauf unten noch zurückkommen. In der »nostalgischen Utopie« wird die Gesellschaft so wahrgenommen, wie sie sein sollte, wobei als Handlungsmaxime die Wiederherstellung des imaginären »Volkes« dient.

Die populistische Referenz auf das »Volk« hat auch deswegen Erfolg, weil die aktuellen Entscheidungsträger ihr nichts entgegensetzen. Politische Entscheidungsprozesse

wirken selbstbezüglich: Zumal auf nationaler Ebene ist die Distanz von Politikern zum alltäglichen Geschehen groß. Hergebrachte Denkschemata, parteiinterne Positionierungen, öffentliche Beliebtheitswerte oder Medienberichterstattung bilden viel eher eine Grundlage für Entscheidungen als ein unvoreingenommener Blick auf die Gegebenheiten oder tatsächlichen Erfahrungen.

Der beschriebene Baldachin lässt sich aber nicht allein durch den guten Willen der Bürger aufgespannt halten; politische Anstrengungen zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft werden benötigt. Seit die Bundesrepublik sich 1998 erstmals als Einwanderungsland bezeichnet hat, lautet das geltende Konzept für diese Gestaltung »Integration«. Allerdings stammt diese Idee eigentlich aus den 1970er Jahren. Der Begriff hat nach 2000 jedoch eine Renaissance erlebt, wobei sich seine Inhalte durchaus verändert haben. Integration wird heute größtenteils pragmatisch verstanden, als Politik für Einbeziehung, als Bündel von Maßnahmen, um »Teilhabe« zu ermöglichen, also für die betreffenden Personen einen guten Einstieg in Arbeitsmarkt und politische Strukturen zu gewährleisten. Gerade auf kommunaler Ebene sind die Integrationskonzepte häufig im Austausch mit den Organisationen der Personen mit Migrationshintergrund entstanden, zeigen also eine gewisse Erdung in der Stadtgesellschaft. Integration sei dabei keine »Einbahnstraße«, heißt es oft, sondern eine »Querschnittsaufgabe«, welche die ganze Bevölkerung betreffe.

Dennoch transportiert der Begriff Integration implizit oder explizit eine Reihe von weiteren Bedeutungen. Etymologisch meint Integration die (Wieder-)Herstellung von Einheit. In vielen Fällen wird der Begriff auch so verwen-